

Pressemitteilung

„Dialog predigen, Debatte absagen?“ – Ostermeier kritisiert Bündnis für Demokratie

Buchholz. Die für den 26. August angekündigte Podiumsdiskussion des Buchholzer Bündnisses für Demokratie zur Bürgermeisterwahl wurde abgesagt. Als Begründung nannte das Bündnis gegenüber Bürgermeisterkandidat Max Ostermeier (AfD) lediglich „aktuelle Entwicklungen“. Auch auf wiederholte Nachfrage wurden keine konkreten Gründe genannt.

„Das passt nur schwer zum eigenen Anspruch des Bündnisses. Wer für Dialog, Zuhören und Mitreden wirbt, sollte gerade dann diskutieren, wenn unterschiedliche und unbequeme Positionen aufeinandertreffen. **Demokratie beweist sich nicht im Gespräch mit Gleichgesinnten.**“

Dass es anders geht, habe gerade das Buchholzer Klimaforum gezeigt: Trotz Protesten diskutierten alle zugelassenen Bürgermeisterkandidaten vor mehr als 200 Besuchern miteinander. „Es gab völlig unterschiedliche Positionen und trotzdem eine sachliche Diskussion. Die Bürger konnten die Argumente hören und selbst urteilen.“

Warum das Bündnis seine Veranstaltung absagte, bleibt offen. Ostermeier: „Natürlich frage ich mich, ob politischer Druck eine Rolle spielte, ob man sich von einer kleinen, aber lautstarken Gruppe wie Einig gegen Rechts unter Druck setzen ließ oder Protesten aus dem Weg gehen wollte. **Ich weiß es nicht. Genau deshalb habe ich nachgefragt. Eine Antwort habe ich nicht bekommen.**“

Parallel hat die **AfD-Fraktion im Buchholzer Stadtrat** eine Anfrage zur Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bündnis gestellt. Sie fragt nach städtischen Räumen, organisatorischer und personeller Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit und der vergleichbaren Unterstützung anderer Initiativen.

„Wo öffentliche Ressourcen eingesetzt werden, müssen Transparenz und Gleichbehandlung gelten“, so Ostermeier.

Abschließend erklärt der Bürgermeisterkandidat: **„Mein Demokratieverständnis ist einfach: Jeder darf widersprechen, jeder darf protestieren. Aber niemand sollte bestimmen, welche demokratisch zugelassenen Positionen die Bürger überhaupt noch hören dürfen. Wer die besseren Argumente hat, braucht keine Ausgrenzung. Am Ende entscheiden die Bürger.“**